

SÜDWEST PRESSE

DIE GROSSE TAGESZEITUNG FÜR ULM, DEN ALB-DONAU-KREIS UND DEN KREIS NEU-ULM

B 6191 Nr. 218 / 63. Jahrgang Ausgabe: P L

89070 Ulm - Postfach 3333 · www.suedwest-aktiv.de

AUS DEM INHALT

BRENNPUNKT

Wohnen im Alter: Pflege daheim statt im Heim Seite 3

WIRTSCHAFT

Kampf um Kunden mit kostenlosem Girokonto Seite 5

BLICK IN DIE WELT

Humor per Computer: Seit 25 Jahren gibt es Emoticons Seite 9

SÜDWESTUMSCHAU

Studie: Kinder halten Dicke für dumm und faul Seite 12

FEUILLETON

Interview mit Filmregisseur Fatih Akin Seite 40

ULMER KULTUR

Ortstermin in der Pension Schöllner Seite 10

MINDESTLOHN

Müntefering setzt sich durch

BERLIN ■ Die Bundesregierung hat den Weg für einen Mindestlohn für Briefzusteller freigemacht. Das Kabinett beschloss gestern, die Branche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen. Wenn Bundestag und Bundesrat zustimmen, könnte vom 1. Januar 2008 an der Mindestlohn eingeführt werden. Kurierdienste und Zeitungsboten, die keine Briefe befördern, sind von der Neuregelung ausgenommen. Die zwischen Gewerkschaft Verdi und den Postarbeitgebern vereinbarten Mindestlöhne liegen zwischen acht und 9,80 Euro pro Stunde. Dieser Tarifvertrag könnte nun für allgemein verbindlich erklärt werden.

Einwände der Arbeitgeberverbände, Zeitungsverleger und Kurierdienste zur fehlenden Gesetzesgrundlage wies Arbeitsminister Müntefering (SPD) zurück. **dpa** ■ Seite 7

PROZESS

Haftstrafen für Sheilas Eltern

NEU-ULM ■ Die Eltern der acht Monate alten Sheila Selina sind wegen Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht sowie vorsätzlicher Körperverletzung zu Haftstrafen verurteilt worden. Die 21-jährige Mutter muss zehn Monate, der 22-jährige Vater ein Jahr und neun Monate ins Gefängnis. Die arbeitslosen Eltern hatten ihre damals neunwöchige Tochter vernachlässigt und in gesundheitliche Gefahr gebracht. Auch die Wohnung des Paares in Illertissen war in katastrophalem Zustand. Sheila Selina lebt mittlerweile bei ihrer Großmutter und ist gesund. **eb**



Aktion zum Weltkindertag: Für jedes der 25 000 armen Kinder der Stadt Essen weht ein blaues Fähnchen.

FOTO: dpa

WELTKINDERTAG

Fähnchen für arme Kinder

ESSEN ■ 25 000 kleine, blaue Fähnchen haben Kinder gestern in eine Wiese in Essen gesteckt, um damit auf die Kinderarmut in Deutschland aufmerksam zu machen. Jedes Fähnchen steht für eines der Kinder, die in der nordrhein-westfälischen Stadt in armen Familien leben. An der Aktion des Deutschen Kinderschutzbundes zum heutigen Weltkindertag nehmen mehr als 100 Städte und Kommunen teil. Nach Angaben des Verbandes gibt es in Deutschland 2,6 Millionen arme Kinder. Für jedes betroffene Kind soll während der Aktion ein Fähnchen aufgestellt werden.

Von 15 Millionen Minderjährigen lebt ein sechstes Kind von Hartz IV. Die Zahl habe sich seit dem Jahr 2004 verdoppelt, sagte der Verbandspräsident Heinz Hilgers. Er forderte einen kostenlosen Besuch von Bildungsberatungen für Kinder von Sozialleistungs-Empfängern. **dpa/AP**

SICHERHEIT

Jung löst erneut Empörung aus

BERLIN ■ Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) hält Deutschland für wehrlos, solange es nicht die Möglichkeit gibt, von Terroristen entführte Passagiermaschinen abzuschießen. Damit sei der Rechtsstaat in Frage gestellt, sagte Jung gestern im Bundestag. Er forderte eine Änderung des Grundgesetzes. Die SPD ging auf Distanz zu Jung. Sie bezeichnete seine Äußerung, sich im Notfall auf „übergesetzlichen Notstand“ zu berufen, als schädlich für die Koalition. Der Chef der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem klärenden Wort auf.

Empört reagierten Grüne und Linke auf die Äußerungen Jungs und forderten erneut den Rücktritt des Verteidigungsministers. Die FDP kündigte einen Antrag an, der zum Ziel hat, Jungs Äußerungen durch den Bundestag missbilligen zu lassen. Sprecher der Union verteidigten den Minister und mahnten, der Staat müsse die Menschen vor Terror schützen. Die Tragik sei, dass in jedem Fall Menschen sterben würden. Der SPD-Abgeordnete Hermann Scheer sagte, es sei verfassungswidrig, das Leben Unschuldiger gegeneinander abzuwägen.

Das Bundesverfassungsgericht hatte 2006 den Passus im Luftsicherheitsgesetz gekippt, der den Abschuss einer von Terroristen als Waffe missbrauchten Passagiermaschine ermöglichen sollte. **dpa/AP** ■ Kommentar und Seite 4

CHEFREDAKTEUR

Jörg Bischoff verabschiedet

ULM ■ In der Redaktion hat der Wechsel bereits zum 1. Juli stattgefunden. Gestern wurde Jörg Bischoff, Chefredakteur der SÜDWEST PRESSE, von Vertretern des Verlags, der Redaktion und des öffentlichen Lebens bei einem Empfang im Ulmer Kongresszentrum förmlich in den Ruhestand verabschiedet. Ministerpräsident Günther Oettinger und sein früherer Amtsvorgänger Lothar Späth würdigten den 65-Jährigen, der über Jahrzehnte die Landespolitik journalistisch begleitet hat, ehe er 1997 nach Stationen in Bonn und als Chefredakteur des „Schwarzwälder Boten“ in Oberndorf die Nachfolge Ulrich Wildermuths in Ulm antrat. Bischoffs Nachfolger ist Hans-Jörg Wiedenhaus (53), zuvor Stellvertreter des Chefredakteurs beim „Hamburger Abendblatt“. **H6** ■ Seite 3

WETTBEWERB / EU-Kommission hofft bei Trennung von Netz und Produktion auf niedrigere Preise

Handfester Krach um Energiepolitik

Bundesregierung lehnt geplante Zerschlagung der Konzerne ab

Die EU-Kommission will den Energiekonzernen die Macht über ihre Netze entreißen. Die Bundesregierung lehnt den Plan ab, die großen Versorger zu zerschlagen.

BERLIN/BRÜSSEL ■ Zwischen der EU-Kommission und der Bundesregierung bahnt sich massiver Streit über die Energiepolitik an. Der in Berlin zuständige Energie-Staatssekretär Joachim Wuermeling sagte, Deutschland lehne die von Brüssel geforderte eigentumsrechtliche Trennung von Netzbetrieb und Erzeugung ab. Auch der Verband der Elektrizitätswirtschaft wandte sich

entschieden gegen das Vorhaben. Der EU-Plan läuft darauf hinaus, die Energiekonzerne zu zerschlagen. Die Kommission will damit mehr Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt erzwingen.

Unter dem Strich könnte eine Entlastung der Verbraucher stehen. „Das geht sicherlich in Richtung Preissenkung“, sagte der Energiekommissar Andris Priebe. Der Brüsseler Gesetzesvorschlag soll die europäischen Energiekonzerne zwingen, die Hoheit über ihre Leitungsnetze abzugeben, diese in börsennotierte Unternehmen auszugliedern oder an unabhängige Firmen zu verpacken. Die Entflechtung von Produktion und Netz soll

verhindern, dass marktbeherrschende Strom- und Gaserzeuger Konkurrenten im Wettbewerb behindern. Als besonders negatives Beispiel für diese Praxis nannte die EU-Wettbewerbschützerin Neeli Kroes Deutschland. Demnach bezahlen die Kunden hierzulande 31 Prozent mehr für Energie als etwa in Großbritannien. Dort wurde die Trennung der Energie-Erzeugung vom Netz bereits vollzogen.

Der Bund der Energieverbraucher erklärte, eine Entflechtung des Energiemarkts sei im Sinne des Wettbewerbs und der Verbraucher zwingend. Das Europaparlament muss über das Vorhaben noch abstimmen.

Neben Deutschland protestieren zahlreiche andere Länder, darunter Frankreich und Österreich, gegen die von der EU geplanten Eingriffe in die Branche. Sie setzen auf den Alternativvorschlag der EU-Kommission, anstelle der Zerschlagung der Unternehmen einen unabhängigen Netzbetreiber zu schaffen. Nur die Verwaltung der Leitungsnetze für Strom und Gas würde dann den Konzernen entzogen. In Deutschland beherrschen Eon, RWE, ENBW und Vattenfall 80 Prozent der Stromerzeugung und alle Fernleitungen. Die hohen Entgelte für die Nutzung der Netze erschweren neuen Anbietern den Marktzugang. **see/dpa/AP** ■ Seite 5

SPORT AKTUELL

VfB: 1:2 in Glasgow

GLASGOW/BALINGEN ■ Kompletter Fehlstart der Fußball-Bundesligisten in der Champions League: Nach Bremen und Schalke verlor gestern auch Meister VfB Stuttgart mit 1:2 (0:0) bei Glasgow Rangers.

Im Süd-Duell der Handball-Bundesligisten Balingen und Frisch Auf Göppingen im DHB-Pokal siegte Göppingen mit 28:27 (14:13). **sid**

VERLAGE / Oettinger für Novellierung des Medien- und Kartellrechts

„Zeitungen bedeutender Standortfaktor“

ULM ■ Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) hat eine „grundlegende Novellierung“ des Kartell-Wettbewerbs- und Medienrechts gefordert, um die Zukunft der Tageszeitungen im Wettbewerb mit den elektronischen Medien zu sichern. Anlässlich der Verabschiedung des Chefredakteurs der SÜDWEST PRESSE, Jörg Bischoff, in den Ruhe-

stand appellierte Oettinger an zahlreiche Repräsentanten baden-württembergischer Verlage und Redaktionen, daran mitzuwirken und die erforderliche Kompromissbereitschaft für eine Einigung aufzubringen. Angesichts der Globalisierung und der raschen Entwicklung elektronischer Medien seien die Tageszeitungen ein „Standortfaktor mit

wachsender Bedeutung“ etwa im Hinblick auf das Ausbildungsniveau Jugendlicher.

Oettinger, medienpolitischer Sprecher der CDU, rief die Verleger zu Kooperationen auf, um so Finanzinvestoren abzuwehren und regionale Strukturen der Medienlandschaft in Baden-Württemberg zu bewahren. **H6**

VATIKAN / Auf subtile Weise kritisiert Papst Benedikt die Außenpolitik der USA

Ein Korb für Condi

Ist der Papst verstimmt über die US-Außenpolitik? Washingtons Chefdiplomatin Condoleezza Rice zumindest bat vergeblich um eine Audienz beim Kirchenfürsten.

BETTINA GABBE

ROM ■ Gut drei Monate ist es her, dass Papst Benedikt XVI. den amerikanischen Präsidenten empfing. Anders als sein Vorgänger Johannes Paul II. verzichtete das Kirchenoberhaupt dabei auf Kritik an George W. Bush wegen des Irak-Krieges. Der Gast lobte anschließend die „menschliche Wärme“, die er bei der Begegnung empfunden habe.

Auf soviel Nächstenliebe muss Condoleezza („Condi“) Rice wohl verzichten. Wie die Tageszeitung „Corriere della Sera“ (Mailand)

schreibt, hat der Vatikan der US-Außenministerin trotz mehrfacher Bitte eine Audienz beim Papst verweigert. Im August habe die Politikerin mit Benedikt über den Nahostkonflikt beraten wollen. Der Vatikan habe unter Hinweis auf die Sommerferien des Kirchenoberhauptes eine Begegnung abgelehnt. Lediglich zu einem Telefongespräch habe es für Rice gereicht – mit dem Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone.

Die Zahl der Audienzen wird während des Aufenthalts des Papstes in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo bei Rom traditionell drastisch reduziert. Das Kirchenoberhaupt empfängt aber in dem Anwesen mit Traumblick über den Albaner See sehr wohl ausgesuchte Gäste. So durfte etwa die mittlerweile verstorbene, militante Islam-Kritikerin Oriana Fallaci Benedikt im heißen August seines ersten Amtsjahres 2005 in Castel Gandolfo besuchen.

Deshalb wird jetzt eifrig spekuliert, ob die Absage an Rice den tief sitzenden Unmut über die US-Außenpolitik im Nahen Osten signalisieren könnte. Der Vatikan fürchtet nicht nur einen Präventivschlag der USA gegen den Iran. Vor allem bemängelt der Heilige Stuhl, dass seine Sorge um die christliche Minderheit im Irak in Washington auf taube Ohren stößt. Tatsächlich weist die US-Regierung die Verantwortung für Angriffe auf Christen mit der Begründung zurück, die US-Streitkräfte hätten nicht das gesamte Territorium unter Kontrolle.

Möglicherweise reagiert Benedikt auch auf einen Vorfall, der vier Jahre zurückliegt. Damals hatte der Sondergesandte des Vatikans in den USA, Kardinal Pio Laghi, Rice gebeten, auf den Feldzug gegen den Irak zu verzichten. Rice lehnte ab – mit angeblich an Unhöflichkeit grenzendem Verhalten.

KOMMENTAR: JUNG

Wegtreten!

CHRISTOPH FAISST

Piloten meutern, Generäle murren, Verfassungsrechtlern stehen die Haare zu Berge. Doch statt vor diesem Hintergrund den Rückzug anzutreten, sucht Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) sein Heil im Angriff: Eine Verfassungsänderung soll den legalen Abschuss gekappter Passagierflugzeuge ermöglichen.

Dieser Vorgang ist beispiellos und offenbart, dass Jung seinem Amt nicht gewachsen ist. Ähnlich wie sein Kollege im Innenministerium, Wolfgang Schäuble (CDU), scheint der Verteidigungsminister rote Linien, die das Grundgesetz aus gutem Grund gezogen hat, als Gummibänder zu begreifen, die sich nach Belieben dehnen lassen.

Das ist ein erschreckender Verfall politischer Kultur. Das Grundgesetz, das eine langfristige Wertebasis darstellt, wird so zur Verfügungsmasse kurzfristiger Interessen – oder, um in Jungs Gedankenwelt zu bleiben, zum Abschuss freigegeben.

Wer so mit den Grundlagen von Staat und Gesellschaft umgeht, sendet ein verheerendes rechtspolitisches Signal: Was im Tagesgeschäft stört, wird verborgen, verändert, verworfen – wider jeden Rat. Dem Minister einer Partei, die für sich in Anspruch nimmt, in Sachen Recht und Ordnung den rechten Flügel des demokratischen Spektrums zu besetzen, steht das besonders schlecht an. Jung sollte zurücktreten – nachdem er den Feuerbefehl erteilt hätte, müsste er es ohnehin.

